

Anrede,

schön, dass wir den Tag der Arbeit heute gemeinsam begehen können. Tag der Arbeit, der 1. Mai - das ist eine gute Gelegenheit zu fragen, wie es eigentlich um die Arbeit bei uns steht, wie es um die Arbeitnehmer bestellt ist, ob wir Fortschritte machen oder zurückgefallen sind.

„Gute Arbeit für Europa“ – das Motto des DGB zum 1. Mai 2012 macht deutlich, dass es schon längst nicht mehr nur darauf ankommt, wie es uns hier vor Ort geht. Wir sind eingebunden in größere Zusammenhänge. Unsere Arbeits- und Lebensbedingungen werden längst mehr nicht nur davon bestimmt, was hier vor Ort, in Deutschland, in Baden-Württemberg geschieht. Wir sind abhängig von den Weltmärkten, vor allem aber von der Situation in Europa.

Vor ein paar Jahren haben die Kasinokapitalisten uns weismachen wollen, es käme ausschließlich darauf an, dass wir hier in Deutschland wettbewerbsfähig sind. Inzwischen wissen wir, die beste Wettbewerbsfähigkeit hilft nicht, wenn es nicht Kunden gibt, die die Produkte und Dienstleistungen auch bezahlen können. Es ist dieser Sachverhalt, der uns heute Sorgen macht, wenn wir die Perspektiven der Arbeit in Deutschland heute betrachten.

Zwar sind wir alles in allem hier bei uns nicht schlecht durch die Krise gekommen. Wir hatten der Politik geraten, Entlassungen zu vermeiden und Investitionen anzureisen. Dadurch ist es wenigstens gelungen, die Stammbeschaften stabil zu halten und die Fachkräfte nicht zu verlieren. Seit die Wirtschaft wieder angesprungen ist, erweist sich das als ein Wettbewerbsvorsprung. Die deutsche Wirtschaft verdient wieder richtig gutes Geld.

Und die ArbeitnehmerInnen, die mit ihrer Arbeit ermöglicht haben, dass gutes Geld verdient wird, dürfen jetzt nicht leer ausgehen. Jahrelang waren die Lohnzuwächse in Tarifverträgen mager. Viele KollegInnen haben davon kaum etwas gespürt, weil gleichzeitig übertarifliche Leistungen kassiert wurden oder Betriebe sich aus der Tarifbindung herausgestohlen haben.

Das muß jetzt ein Ende haben. Wir haben es verdient – und deshalb werden wir es uns erkämpfen. Nicht nur in der Metall- und Elektroindustrie stehen deshalb die Zeichen auf Sturm. 3% mehr Lohn für 14 Monate Laufzeit haben die Arbeitgeber uns angeboten. Das ist lächerlich angesichts der Gewinne und reicht kaum, um die Inflation aufzufangen. Das zeigt ganz deutlich: Die Arbeitgeber wollen Streit. Und wenn sie ihn haben wollen, dann können sie ihn bekommen. Wir sind bereit zum Streik.

Seit Samstagnacht ist die Friedenspflicht abgelaufen und wir haben mit Warnstreiks begonnen. Die Beteiligung ist sehr gut. Ich habe bei früheren Tarifrunden selten so viel Entschlossenheit und Bereitschaft zur Auseinandersetzung erlebt wie jetzt. Denn die KollegInnen wissen: Wir haben es verdient. Und deshalb holen wir es uns auch.

Es geht um gerechte Löhne, wenn wir gute Arbeit in Europa wollen, Löhne, von denen man mit seiner Familie leben kann, mit denen man sein Leben planen und den Kindern eine Perspektive geben kann. Das ist nur recht und billig.

Wir haben es verdient, denn Leistung muß sich loh nen. Aber mehr noch: Ohne uns würde gar nichts verdient. Ohne qualifizierte Fachkräfte mit hoher Leistungsmotivation und Qualitätsbewußtsein, ohne Beschäftigte, die bereit sind, sich weiterzubilden und ihre Erfahrung in die Arbeitsprozesse einzubringen, könnten die deutschen Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit in den Wind schreiben. Wir, die ArbeitnehmerInnen, sind die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie. Ohne unseren Einsatz könnten die Shareholder keinen müden Euro kassieren. Wir verdienen den Gewinn, und deshalb verdienen wir auch unseren Anteil daran.

Die Anteilseigner, die Manager vergessen das anscheinend immer wieder. Also müssen wir sie wieder daran erinnern. Warnstreiks sind deshalb leider wieder unausweichlich. Alle ArbeitnehmerInnen in den DGB-Gewerkschaften stehen an der Seite der Belegschaften im Warnstreik, die in diesen Tagen unter Beweis stellen, dass ohne uns nichts geht.

Ich kann den Arbeitgebern nur raten, das ernst zu nehmen, denn wenn sie es nicht tun und nicht endlich ein verhandlungswürdiges Angebot vorlegen, dann wird es nicht bei Warnstreiks bleiben. Die Menschen sind es satt, dass sie die Werte schaffen, die anderen dicke Gewinne bringen, während sie selbst mit Almosen abgespeist werden. Shareholder value fordern die Aktionäre. Das ist ihr gutes Recht, aber da gibt es auch worker value – das, was den Arbeitnehmern zusteht. Und das werden wir uns nicht entgehen lassen.

Anrede,

Gerechte Löhne – das steht uns zu. Aber das allein macht die gute Arbeit noch nicht aus. Zunächst geht es natürlich darum, Arbeit zu haben. Hier bei uns sind die Arbeitslosenzahlen so niedrig wie lange nicht mehr. Wir würden uns gern darüber freuen, aber richtige Freude kommt nicht auf, denn wir wissen: Man muß genauer hinsehen. Unter der Oberfläche schöner Statistiken lauern Probleme, die nicht gelöst sind.

Während die Bundesregierung sich mit guten Arbeitsmarktzahlen brüstet, verlieren die Arbeitnehmer um uns herum überall in Europa ihre Arbeitsplätze. Unter dem Druck rabiater Schuldenbremsen wird in soziale Rechte eingegriffen, werden Tarifverträge beschnitten und soziale Sicherungssysteme ausgedünnt.

Man will uns einreden, das sei die unausweichliche Folge unverantwortlicher Schuldenpolitik. Sicher, da sind Fehler gemacht worden, aber die Schuldenberge, die da aufgehäuft wurden, sind vor allem die Folge unregelter Finanzmärkte, in denen immer mehr Geld an den Schulden verdient wird und immer weniger in der Realwirtschaft.

Deshalb müssen wir zuallererst dafür sorgen, dass die Dinge an den Finanzmärkten endlich in den Rahmen kommen. Die unregulierten Märkte haben die Weltwirtschaft in den Abgrund gerissen. Und die Gefahr ist noch nicht beseitigt.

Anrede,

Und jetzt wird wieder Nebel verbreitet. Das sei alles nur eine Folge der Staatsverschuldung. Viele Menschen haben die Sorge gehabt, dass die Schuldensituation in

Europa unser Land in den Strudel hineinziehen und uns zum Zahlmeister für die anderen machen würde. Tatsächlich ist es eher umgekehrt, jedenfalls kurz- bis mittelfristig. Deutschland verdient an der Misere der anderen. Während die Zinslasten der ärmeren Länder immer unerträglicher wachsen, bekommt der deutsche Staat für seine Staatsanleihen inzwischen noch Geld zusätzlich. Das ist völlig absurd.

Aber langfristig wird es auch uns erwischen: Der Wirtschaftseinbruch in anderen europäischen Ländern wird dazu führen, dass die Produkte, die wir in Deutschland herstellen, keine Kunden mehr finden. Und wenn bei uns die Löhne nicht steigen dürfen, wird sich auch die Kaufkraft der Deutschen reduzieren. Das läßt die Umsätze schrumpfen und gegen die Verschuldung hilft das auch nicht, denn dann gibt es weniger Steuern und Abgaben, aber der Staat muß mehr Sozialleistungen finanzieren.

Fakt ist: Es gibt nicht nur ein Schulden-, sondern auch ein Einnahmeproblem. Steuern müssen sein. Es macht keinen Sinn, den Menschen das Blaue vom Himmel zu versprechen. Die Steuerentlastungen der letzten Jahre haben vor allem die entlastet, die belastbar wären, die gut und z.T. unerträglich gut verdient haben. Das muß endlich ein Ende haben.

Mit der Zockerei an den Finanzmärkten läßt sich immer noch weit mehr Geld verdienen als mit ehrlicher Arbeit oder guten Produkten. Ratingagenturen spielen mit der Politik Katz und Maus. Und die Irrationalitäten an den Finanzmärkten gefährden längst überall auf der Welt Wachstum und Entwicklung.

Da muß endlich reguliert werden. Wir brauchen umgehend wenigstens die Finanztransaktionssteuer, damit die schädlichen Turbogeschäfte aufhören. Da werden wegen minimalster Renditevorteile gigantische Summen in Sekundenbruchteilen gehandelt. Das muß weniger rentabel und damit unattraktiv werden. Auch wenn die Finanztransaktionssteuer nicht alle Probleme löst: Sie ist ein unverzichtbarer erster Schritt. Und sie muß bald kommen, damit das Geld endlich wieder dahin fließen kann, wo es hingehört – in reales Wachstum, in seriöses Wirtschaften.

Die Bundesregierung darf sich nicht zufrieden geben mit dem Stillstand in den europäischen Gremien. Es ist nicht hinnehmbar, dass Länder wie England die Veränderungen blockieren. Dabei regt sich inzwischen selbst dort Widerstand gegen die Sturheit der britischen Regierung: Am Sonntag hat sogar der schottische Kardinal O'Brien öffentlich den britischen Premier David Cameron dafür kritisiert, dass er seine Finanzwirtschaft schütze und zulasse, dass immer mehr Menschen verarmen, nicht zuletzt die, die ihre soziale Sicherung den Finanzmärkten anvertraut hatten und im Alter mit leeren Händen dastehen.

Wenn man sich die Situation in Europa ansieht, dann sieht man, wie gut wir daran getanir haben, unsere umlagefinanzierte Rente zu verteidigen, und wir werden das auch künftig tun. Soziale Sicherung braucht Verlässlichkeit – das können finanzmarktgesteuerte Systeme nicht liefern!

Es reicht nicht, wenn die Bundesregierung immer wieder Lippenbekenntnisse zur Finanztransaktionssteuer ablegt. Sie muß handeln – gegen alle Widerstände. Die gab es auch gegen den Finanzpakt. Warum gelingt das nicht auch bei der Finanztransaktionssteuer?!

KollegInnen,

mit Schuldenbremsen ist es jedenfalls nicht getan, denn wir sehen im Ausland ja schon die Folgen: Das kostet letztlich überall Arbeitsplätze und gefährdet unseren Lebensstandard und unsere soziale Sicherheit. Deshalb muß endlich in Wachstum investiert werden. Wir brauchen einen europäischen Marshall-Plan, der der Wirtschaft wieder auf die Beine hilft und nicht nur der Finanzwirtschaft.

Und, KollegInnen,

wir ArbeitnehmerInnen in Europa dürfen wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Wir sitzen alle in einem Boot. Wer sollte das besser wissen als wir? Das ist doch das Grundprinzip von Gewerkschaften, dass wir zusammenstehen und dafür sorgen, dass wir bessere Bedingungen für alle erkämpfen können, dass diejenigen, die starke Verhandlungspositionen haben, die schwächeren nicht wegen kurzfristiger Vorteile im Stich lassen.

Das sage ich deutlich auch gegenüber den kleinen Spartengewerkschaften, die sich überall breit machen und mit gigantischen Lohnforderungen für wenige punkten. Das sind letztlich Mogelpackungen, die nur auf den ersten Blick halten können, was sie versprechen. Wenn die Beschäftigten sich gegeneinander treiben lassen, wird überall der Einfluß der Arbeitnehmer in den Betrieben schwinden. Einschränkungen beim Streikrecht, bei der Tarifautonomie, bei der Mitbestimmung und Betriebsverfassung werden dann schneller umgesetzt sein, als viele sich vorstellen können.

Nein, es geht andersherum. Nur wenn wir uns nicht gegeneinandertreiben lassen, kommen wir voran. Damit waren wir jahrzehntelang erfolgreich. Und damit können wir es auch künftig sein.

Deshalb fordern wir gute Arbeit – nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa. Und wir sehen mit großer Sorge, wie die Lebensperspektiven ganzer Länder sich innerhalb kurzer Zeit dramatisch verschlechtern. Es trifft vor allem die Jungen: Selbst gut ausgebildete junge Leute finden keine Beschäftigung mehr. Jugendarbeitslosigkeitsquoten von 30-40% sind keine Seltenheit. Unter der Jugend Europas machen sich Verbitterung und Wut breit.

Und auch bei uns in Deutschland darf sich niemand mehr Illusionen angesichts der schönen Arbeitsmarktstatistiken machen. Arbeit zu haben, bedeutet heute längst nicht mehr das, was es einmal bedeutet hat. Immer mehr Menschen werden bestenfalls befristet angestellt, müssen sich mit der Unsicherheit und den miesen Gehältern in der Leiharbeit zufrieden geben oder werden gar nur noch mit Werkverträgen beschäftigt. Da müssen sie ihre Arbeit wie die Tagelöhner im 19. Jahrhundert verkaufen: ohne Interessenvertretungsmöglichkeiten, ohne Schutz vor Ausbeutung, ohne tarifliche Absicherungen.

Auch bei uns trifft es vor allem die Jungen: Selbst gut Ausgebildete finden nach ihrer Lehrzeit oder einem abgeschlossenen Studium keine normale Beschäftigung mehr: Mehr als jeder zweite gut Qualifizierte muß sich inzwischen mit prekärer Beschäftigung zufrieden geben. Arbeitgeber verweisen auf den angeblichen Klebeffekt dieser Beschäftigungsverhältnisse: Man will die Leiharbeiter und Werkvertrügler ja bei Laune halten! Tatsächlich ist der Klebeffekt lächerlich gering – nicht einmal die Hälf-

te dessen, was die viel gescholtenen ABMaßnahmen gebracht haben. Und die hat man vor ein paar Jahren als zu wenig effektiv abgeschafft! Deshalb kann niemand heute sagen, ob und wann die jungen Leute jemals wieder eine ordentliche Arbeit finden, die ihnen das bißchen Sicherheit liefert, das man braucht, um eine Familie zu gründen und sein Leben planen zu können.

Was ist da eigentlich passiert in den Unternehmen? Immer mehr Arbeitgeber fürchten Festanstellungen wie der Teufel das Weihwasser. Das Beschäftigungsrisiko, der zentrale Bestandteil dessen, was man unternehmerisches Risiko nennt, wollen Unternehmer im Kasinokapitalismus nicht mehr tragen. Sie wollen Menschen nur noch dann beschäftigen, wenn sie ihre Arbeitskraft jederzeit bis zum Anschlag nutzen können. Sie wälzen das Beschäftigungsrisiko systematisch ab – auf Zulieferer, auf den Staat, vor allem aber auf die Beschäftigten selbst, die jetzt zu ihrem eigenen Risiko auch noch das der Unternehmer tragen sollen.

Man mag das kaum glauben, wenn man gleichzeitig die Klagen der Arbeitgeber über den Fachkräftemangel hört. Da sollten sie doch eigentlich froh sein und den jungen Leuten, die in den prekären Beschäftigungsverhältnissen sind, einen unbefristeten Arbeitsplatz anbieten. Aber das tun sie nicht, nicht einmal bei den angeblich so dringend gesuchten IngenieurInnen, von denen immer mehr nur auf Werkvertragsbasis beschäftigt werden.

Dauerhafte Bindungen an Arbeitnehmer versuchen immer mehr Firmen zu vermeiden. Sie ordern Arbeitskräfte lieber wie Rohstoffe bei den sogenannten Personaldienstleistern, die Fachkräfte nach Bedarf ausleihen. Und auch die rekrutieren ihr Personal längst je nach Auftragsbestand. Nicht mehr als drei Monate dauert ein Beschäftigungsverhältnis in der Leiharbeit durchschnittlich. Alle paar Wochen müssen die meisten Leiharbeiter nach einer neuen Beschäftigung suchen. Wieder andere werden als Dauerleiharbeiter eingesetzt und verdienen z.T. schon seit Jahren 30 bis 40% weniger als ihre festangestellten Kollegen, die die gleiche Arbeit machen.

Dass die Zahlen nicht noch übler ausfallen hat nicht zuletzt damit zu tun, dass es Gewerkschaften da, wo wir stark sind, gelungen ist, für die Leiharbeiter und befristet Beschäftigten Verbesserungen zu vereinbaren. Allein im Bereich der IG Metall gibt es mittlerweile ein paar Hundert solcher Besserstellungsvereinbarungen, die prekär Beschäftigten eine Perspektive geben, so dass aus Leiharbeit wenigstens Befristung, aus Befristung auch einmal eine Dauerbeschäftigung werden kann.

Und wir geben uns damit nicht zufrieden. Wir wollen insgesamt bessere Bedingungen für die Leiharbeiter. Betriebsräte, so die Forderung der IG Metall in dieser Tarifrunde!, sollen mitbestimmen dürfen beim Einsatz von Leiharbeit in den Betrieben.

Anrede,

Mehr Mitbestimmung – das ist nicht nur wichtig bei der Leiharbeit, und wir werden das nicht nur tariflich regeln können. Mehr Mitbestimmung – das brauchen wir in unserem Land und europaweit um der Unternehmen und ihrer Zukunft willen. Wer sorgt heute eigentlich dafür, dass die langfristigen Unternehmensziele nicht vernachlässigt werden, dass der Erhalt der Arbeitsplätze im Blick bleibt, nachhaltiges Wirtschaften und die Zukunft der Unternehmen? Von den Managern auf der Durchreise wird das nicht geleistet, die Kapitalgeber wollen nur ans schnelle Geld. Niemand kümmert sich

um die Unternehmen als Ganze. Das müssen inzwischen wir tun über Betriebsverfassung und Mitbestimmung.

Das Mitbestimmungsmodell bei VW bietet da vorbildliche Möglichkeiten. Und es belegt seit Jahrzehnten, dass es die wirtschaftliche Entwicklung eines Unternehmens in jeder Weise fördert. Deshalb brauchen wir solche Rechte auch in anderen Betrieben. Da ist die Politik am Zug und das ist eine gute Gelegenheit für alle Parteien, bei der nächsten Bundestagswahl um die Stimmen der ArbeitnehmerInnen zu werben – durch ihren Einsatz für mehr Mitbestimmung im Unternehmen und am Arbeitsplatz.

Und das gilt ebenso für die überfällige Regelung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Es kann doch nicht wahr sein, dass es an einer Partei wie der FDP scheitert, dass die Menschen existenzsichernde Löhne beziehen, und dass der Steuerzahler ausgleichen muß, was die Menschen notwendig zum Überleben brauchen, weil Arbeitgeber keine gerechten Löhne zahlen wollen!

Anrede,

Wir selbst tragen bei, was wir als Gewerkschaften beitragen können. Deshalb machen wir Druck auf die Arbeitgeber in der Metall- und Elektroindustrie, um die Situation der Leiharbeiter zu verbessern. Aber damit nicht genug: Für alle LeiharbeiterInnen, die in unseren Betrieben beschäftigt sind, fordern wir Branchenzuschläge von den Leiharbeitsfirmen, damit man, wenn man schon die Unsicherheit ertragen muß, wenigstens gleiches Geld für gleiche Arbeit erhält. Dazu verhandeln wir gerade mit den Zeitarbeitsverbänden, aber die Tarifgespräche darüber sind gerade am vergangenen Freitag wieder einmal ergebnislos beendet worden. Da muß jetzt endlich ein Angebot auf den Tisch.

Anrede,

Es mag gute Gründe geben für Leiharbeit, aber es gibt nicht einen Grund, Leiharbeiter schlechter zu bezahlen und zu behandeln als ihre fest angestellten Kollegen. Und deshalb lassen wir uns auch hier nicht auseinandertreiben. Regulär oder prekär Beschäftigte – wir sitzen alle in einem Boot und deshalb kämpfen wir auch alle miteinander gegen den Mißbrauch der Leiharbeit. Was in der Stahlindustrie gelungen ist – Equal Pay für die Leiharbeiter! – das kann auch in der Metall- und Elektroindustrie nicht verweigert werden. Auch dafür kämpfen die Kollegen im Warnstreik. Und sie sind bereit, dafür auch in reguläre Streiks einzutreten. Die Arbeitgeber sollten sich da keinen Illusionen hingeben!

Vor allem aber werden wir dafür kämpfen, dass die jungen Menschen nicht reihenweise in prekärer Beschäftigung landen. Ein Dauerarbeitsverhältnis ist doch das Minimum! Wer gut ausgebildet ist, hat Anspruch auf eine reguläre Beschäftigung, die ihm ein eigenständiges Leben, soziale Sicherheit und seiner Familie eine Lebensplanung ermöglicht. Und wer den Wunsch nach einem normalen Arbeitsverhältnis als „Verbeamtungsmentalität“ verunglimpft wie der Arbeitgeberpräsident Kannegießer, zeigt, was für eine Verwirrung der Sitten bei deutschen Arbeitgebern inzwischen Einzug gehalten hat.

Unbefristete Übernahme – und damit die Möglichkeit, gar nicht erst in den Strudel der prekären Beschäftigung zu geraten – das wollen die jungen Leute in der IG Metall –

und alle Kolleginnen und Kollegen stehen dabei an ihrer Seite. Denn sie wissen längst: Die Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind keine Drückeberger und Leistungsgeminderte: Es sind ihre eigenen Kinder und Enkel, gut ausgebildet, leistungswillig und einsatzbereit. Sie wollen nicht mehr als ein stinknormales Arbeitsverhältnis – ohne Befristung, ohne Leiharbeit. Nicht mehr und nicht weniger. Und wir werden alle dafür kämpfen, denn hier zeigt sich, wie die Arbeitswelt von morgen aussehen wird – prekär beschäftigt, alle paar Wochen auf der Suche nach dem nächsten miesen Job, ohne reguläre Interessenvertretung, ohne Perspektive, ohne die Chance, einer jungen Familie die Rahmenbedingungen zu verschaffen, die wir alle für unsere Kinder wollen oder mit sicheren Arbeitsplätzen, gut bezahlt und zu guten Bedingungen, mit der Chance auf soziale Sicherheit und ein eigenständiges Leben.

Übernahme unbefristet – das ging früher und das auch heute in kleineren Branchen wie bei Stahl und Textil. Wir werden das uns auch in der Metall- und Elektroindustrie nicht verweigern lassen!

KollegInnen,

zusammenstehen für gute Arbeit in ganz Europa – darauf kommt es an. Unsere alten gewerkschaftlichen Erfahrungen sind heute so aktuell wie vor Jahrzehnten. ArbeitnehmerInnen dürfen sich nicht auseinanderdividieren lassen. Geschenkt wird uns nichts. Wir verlassen uns am besten auf unsere eigene Kraft. Und das ist die gute Nachricht, an diesem 1. Mai: Wir werden wieder stärker. Gewerkschaften gewinnen an Stärke in den Betrieben. Vor allem die jungen Leute verstehen wieder besser, warum man mit dabei sein muß in Gewerkschaften. Und deshalb muß mit uns gerechnet werden.

Und das sage ich auch den braunen Rattenfängern, die seit Jahrzehnten mit den Ängsten der Menschen spielen, die Freiheit und Vielfalt einschränken wollen und dafür vor Gewalt und Mord nicht zurückschrecken: Mit den Gewerkschaften in Deutschland muß auch gegen jede Form von Rechtsextremismus gerechnet werden. Auch hier helfen uns unsere Erfahrungen. Die Partei, die die Nationalsozialisten als Arbeiterpartei bezeichnet haben, hat 1933 am 1. Mai die Gewerkschaftshäuser gestürmt, unsere Vermögen beschlagnahmt, die Gewerkschaftsbewegung zerschlagen und unsere KollegInnen und Kollegen verfolgt, gefoltert und ermordet. Wir haben das nicht vergessen. Und deshalb werden die ArbeitnehmerInnen in Deutschland diesen Rattenfängern nie wieder auf den Leim gehen. Und wir ertragen es nicht, dass wir als Steuerzahler die Aktivitäten dieser Unbelehrbaren auch noch unterstützen sollen. Das Verbot der NPD ist überfällig. Auch das muß heute noch mal gesagt werden.

Liebe KollegInnen,

der 1. Mai ist Tag für Bilanz und Forderung, aber er ist vor allem ein Tag, an dem wir miteinander feiern wollen – stolz auf unsere Erfolge, entschieden bei allen Herausforderungen, aber in voller Solidarität mit allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hier vor Ort, in Europa und in der ganzen Welt. Ich wünsche uns ein schönes Fest. Glückauf.